

Andrea Di Michele

## **Berlusconi und Putin**

### **Motive einer Männerfreundschaft**

#### **1. Wahlverwandtschaften**

Seit fast einem Jahrzehnt präsentieren sich Silvio Berlusconi und Vladimir Putin als dicke Freunde. Zwischen ihnen scheint in politischer und persönlicher Hinsicht eine so vollkommene Eintracht zu herrschen, dass sie sich gegenseitig beschenken und in ihren privaten Residenzen besuchen; auch die Familien fehlen bei diesen Anlässen nicht. Darbietungen aus 1001er Nacht mit reichlich Bauchtanz, wie Putin sie liebt, und Showeinlagen von Gauklern und Fernsehsternen nach dem Geschmack von Berlusconi umrahmen die privaten Gipfeltreffen, die ganz im Zeichen von Unverbindlichkeit und Frivolität stehen. Nicht der Gleichklang der Ideen und politischen Interessen steht im Vordergrund, vielmehr wird ihre persönliche Freundschaft inszeniert und mit allen Mitteln der modernen Medien in die Öffentlichkeit getragen.

Dabei scheinen Berlusconi und Putin auf den ersten Blick Geschöpfe zweier Welten und zweier Kulturen zu sein; ihre politische und persönliche Geschichte könnte verschiedener kaum sein. Berlusconi, einer der reichsten Männer Italiens, ist ein erfolgreicher Unternehmer, der sein Glück mit Fernsehen, Kino und Zeitungen sowie mit Bau- und Immobiliengeschäften gemacht hat. Die politische Bühne betrat er erst relativ spät, im Vorfeld der Wahlen vom März 1994. Berlusconi ist bekannt wegen seines mitreißenden Kommunikationstalents, seines Drangs, immer im Scheinwerferlicht zu stehen, und wegen seiner ostentativen Unbescheidenheit, die sich auch in halbernen Selbstdefinitionen äußert: Er sei der „Gesalbte des Herrn“, ließ er einmal verlauten. Im Zentrum seiner politischen Stellungnahmen seit 1994 steht die fast penetrante Instrumentalisierung des Anti-Kommunismus und die Beschwörung einer ebenso vagen wie allgegenwärtigen „roten Gefahr“, die es zu bannen gelte. Ganz anders Putin. Der ehemalige russische Präsident, der neuerdings als Regierungschef fungiert, erscheint reserviert, nüchtern und kontrolliert und ist ein Produkt des

sowjetisch-kommunistischen Systems, dem er sechzehn Jahre lang als Geheimdienstoffizier gedient hat.

Trotz dieser Gegensätze sollte nicht übersehen werden, dass beide Männer vieles gemeinsam haben. Beide lieben es, ihre Macht zur Schau zu stellen, wobei Berlusconi auch mit seinem immensen Reichtum prunken kann. Beide sind eitel und legen Wert auf ihr Image, das nicht zuletzt auf der propagandistischen Vermarktung ihrer Physis beruht. Berlusconi brach dabei mit dem traditionellen Politikerbild, an das sich die italienische Öffentlichkeit seit langem gewöhnt und das im grauen, anonymen, fast körperlosen Christdemokraten Ausdruck gefunden hatte. Der *Cavaliere* scheute sich nicht, sich liften und die Haare transplantieren zu lassen, während Putin sich mit nacktem Oberkörper fotografieren ließ, eine Flinte in der Hand, auf der Jagd oder bei Manövern, wobei er das traditionelle Erscheinungsbild alter, meist gebrechlicher sowjetischer Apparatschiks geradezu negierte.

Beide interpretieren ihr Staatsamt auf sehr eigene Weise, sie sehen sich als Führer und unterstreichen ihre Rolle permanent. Beide setzen bei der Konsensfindung auf eine spezifische Art von nationalistischem Populismus und darauf, dass sie keine Berufspolitiker sind, was sie näher an das Volk und dessen Bedürfnisse rücken soll. Beide erblicken in der populären Legitimation einen plebiszitären Auftrag, der ihnen gestattet, die Regeln, die Praxis und die Gleichgewichte des Regierungssystems außer Kraft zu setzen.

Allergisch gegen Kritik jeglicher Provenienz, setzen beide in starkem Maße auf die Kontrolle der Medien; Putin handelt dabei viel hemdsärmeliger als Berlusconi, der freilich auch nicht zimperlich ist und sich dabei auf seine eigenen Fernsehsender und Zeitungen sowie auf die politische Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Fernsehens stützen kann und auch vor der systematischen Schwächung und Beeinträchtigung kritischer Berichterstattung nicht zurückschreckt. Summa summarum tragen beide entscheidend dazu bei, das politische System ihrer Länder zu untergraben, was Gelehrte und Kommentatoren dazu bewogen hat, vom neuen Russland Putins als einem „Zwitzer“ oder als gelenkter Quasi-Demokratie<sup>1</sup> und vom Italien Berlusconis als einer entleerten, kranken, formalen und persona-

---

<sup>1</sup> Vgl. Neil Robinson, The Politics of Russia's Partial Democracy, in: Political Studies Review 1 (2003) H. 2, S. 149–166.

lisierten Mediendemokratie, ja sogar von einem Sultanat zu sprechen<sup>2</sup>.

## 2. Fern von Europa in der Nähe der „Großen“

Um die Ursachen der Annäherung zwischen Putin und Berlusconi zu verstehen, muss man neben der persönlichen Ebene auch die außenpolitischen Leitlinien des italienischen Ministerpräsidenten in den Blick nehmen. Als er im Mai 1994 die Regierung übernahm, besaß er kein außenpolitisches Programm. Er hatte aber mit der *Alleanza Nazionale* und der *Lega Nord*<sup>3</sup> zwei Koalitionspartner, die sich durch ein beträchtliches Maß Europaskepsis auszeichneten. Der neofaschistische *Movimento Sociale Italiano*, aus dem die *Alleanza* hervorgegangen war, hatte gegen die Unterzeichnung der Verträge von Maastricht gestimmt. Die *Lega* war gegen das Europa von Brüssel als einem Hort von Bürokraten zu Felde gezogen, die nichts anderes im Sinn hätten, als das Europa der Regionen zu uniformieren und auszupressen.

Den Sieg bei den Wahlen von 1994 verdankte die Mitte-Rechts-Koalition nicht zuletzt ihrer Fähigkeit, den Verdruss und das Unbehagen über finanzielle Belastungen zu kanalisieren, die aus dem Beitritt zur Euro-Zone resultierten, und die Sorgen zu thematisieren, die mit der bangen Frage zusammenhingen, was auf Italien mit der Öffnung nach Europa und der Welt zukäme – ausländische Arbeitnehmer etwa oder ausländische Konkurrenz auf den Märkten<sup>4</sup>.

Die kühle, distanzierte und desinteressierte Haltung Italiens gegenüber Europa und der Missmut über die Zumutungen der europäischen Integration verstärkten sich nach der Bildung des zweiten Kabinetts Berlusconi im Juni 2001<sup>5</sup>. Berlusconis Bündnis hatte die vorangehende Wahl nach einem erbitterten Wahlkampf gewonnen, wobei es nicht an Einflussnahmen von

---

<sup>2</sup> Vgl. Paul Ginsborg, *Berlusconi. Ambizioni patrimoniali in una democrazia mediatica*, Turin 2003, S. 7, und Giovanni Sartori, *Il sultanato*, Rom/Bari 2009.

<sup>3</sup> Zur *Lega Nord* vgl. Francesco Jori, *Dalla Liga alla Lega. Storia, movimenti, protagonisti*, Venedig 2009.

<sup>4</sup> Vgl. Bruno Bongiovanni, Esteri, in: Francesco Tuccari (Hrsg.), *Il governo Berlusconi. Le parole, i fatti, i rischi*, Rom/Bari 2002, S. 35–55, hier S. 38.

<sup>5</sup> Vgl. Sergio Romano, *Berlusconi's Foreign Policy: Inverting Traditional Priorities*, in: *The International Spectator* 41 (2006) H. 2, S. 101–110.

außen gefehlt hatte. Die internationale Presse, darunter auch konservative Blätter, kritisierte das politische Profil seiner Koalition, die den Sieg davon tragen sollte. Man hielt ihm die gegen ihn anhängigen Gerichtsverfahren vor, den Interessenkonflikt als Medienmogul und Regierungschef, seine Monopolstellung im Privatfernsehen und den zweifelhaften Charakter seiner *Forza Italia* als „Ableger eines Unternehmens“, der keinerlei Beziehung zu bewährten europäischen politischen Tradition habe<sup>6</sup>. Außerdem störte man sich an der populistischen, rassistischen und antieuropäischen Politik seiner Regierung, wobei hier vor allem die *Lega Nord* ins Fadenkreuz der Kritik geriet. So war es kein Wunder, dass sich die Europaskepsis der Mitte-Rechts-Regierung verstärkte, die Italien Stück für Stück von einem seiner außenpolitischen Fixpunkte seit Kriegsende wegführte: das uneingeschränkte Engagement für die europäische Einigung.

Hand in Hand damit verfolgten Berlusconi's Kabinette eine Politik dezidierter nationaler Interessenwahrung. Hierbei setzten sie vor allem auf bilaterale Beziehungen und eine *special relationship* zu den Vereinigten Staaten, was sich nirgends deutlicher zeigte, als bei der vorbehaltlosen Unterstützung der amerikanischen Politik nach dem Terrorangriff vom 11. September 2001 – die militärischen Interventionen in Afghanistan und im Irak eingeschlossen<sup>7</sup>. Berlusconi hoffte damit, für sein Land jenes Gewicht zurückzugewinnen, das Italien in Europa aus unterschiedlichen Gründen verloren hatte: wegen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme, die Italien daheim und im Ausland das Image eines verfallenden Landes eintrugen; ferner wegen der Erweiterung der Europäischen Union, die neue Protagonisten bekam, die sich auf Kosten der alten profilierten. Dazu kamen die veränderte politische Großwetterlage nach dem Ende des Kalten Krieges, das Italien seiner strategischen Rolle als Frontstaat und als Bollwerk des Westens

---

<sup>6</sup> Zur *Forza Italia* vgl. allgemein Damian Grasmück, *Die Forza Italia* Silvio Berlusconi's. Geburt, Entwicklung, Regierungstätigkeit und Strukturen einer charismatischen Partei, Frankfurt a.M. 2005; zur Außen- und Europapolitik vgl. ebenda, S. 313–340.

<sup>7</sup> Vgl. Roberto Aliboni, *La politica estera del governo Berlusconi*, in: Alessandro Colombo/Natalino Ronzitti (Hrsg.), *L'Italia e la politica internazionale*. Edizione 2003, Bologna 2003, S. 81–91, hier S. 84; Ettore Greco, *La politica estera dell'Italia*, in: Alessandro Colombo/Natalino Ronzitti (Hrsg.), *L'Italia e la politica internazionale*. Edizione 2004, Bologna 2004, S. 49–65, hier S. 50f.

beraubt hatte<sup>8</sup>, und schließlich die demonstrative Distanz der italienischen Politik zum Projekt Europa sowie das Misstrauen gegen Berlusconi und seine Regierung allgemein.

Die Abkehr vom europäischen Multilateralismus<sup>9</sup> zugunsten eines ganz auf die eigenen nationalen Interessen bedachten Bilateralismus führte freilich nicht nur zu einer *special relationship* mit Washington, sondern auch zu Sonderbeziehungen mit Moskau. Was konnte und kann es in den Augen Berlusconis für sein internationales Ansehen Besseres geben, als der bevorzugte Partner der beiden Großen der Welt zu sein oder sich gar als Vermittler zwischen ihnen zu gerieren? Da war es nicht weiter wichtig, ob ihn jemand um diese Dienste gebeten hatte oder ob diese Rolle anerkannt wurde<sup>10</sup> – was zählte, war, dass Berlusconi dauerhaft in seine selbst erfundene Rolle schlüpfte und dass die italienischen Medien dieses Rollenspiel mitspielten und perpetuierten.

Für Berlusconis außenpolitischen Kurs gaben in stärkerem Maße als bei früheren Regierungschefs innenpolitische Motive den Ausschlag. Wenn er sich als Moderator und „Freund von George und Vladimir“ inszeniert, erreicht er eine Visibilität, die ihm hilft, den Konsens im Inneren zu stabilisieren – auch wenn vieles nur Fassade ist und nicht von mehr Einfluss im Ausland begleitet wird. Die Zurschaustellung der familiären Beziehungen, der „echten Freundschaft“ mit Bush und Putin, mag naiv erscheinen, erlaubt es Berlusconi aber, den Eindruck zu erwecken, dass seine besonderen Beziehungen für Italien konkrete Vorteile abwerfen und dass es nur seiner speziellen Begabung zu verdanken sei, mit den *big players* von Du auf Du zu verkehren, wenn das internationale Gewicht Italiens zunehme.

---

<sup>8</sup> Ein komprimierter Überblick über die italienische Außenpolitik zwischen 1945 und 1990 findet sich bei Christian Jansen, *Italien seit 1945*, Göttingen 2007, S. 130-148.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu auch den Beitrag von Paolo Pombeni in diesem Band.

<sup>10</sup> Nach den Ausführungen Charles Fergusons, Berater des amerikanischen Außenministeriums, über die Beziehungen zwischen Europa und Russland sei für eine italienische Vermittlerrolle zwischen den USA und Russland kein Platz (vgl. *La Stampa* vom 4. 7. 2009: „L'America non vuole Silvio mediatore“). In einem Interview antwortete Präsident Dmitrij Medwedew auf die Frage, ob Berlusconi der richtige Vermittler zwischen Russland und den USA sei, dass man zwar auf seine Freundschaft zähle, dies aber nicht bedeute, dass „wir mit anderen Ländern über Italien und seinen Regierungschef kommunizieren“ (*Corriere della Sera* vom 5. 7. 2009: „Gli Usa non sono più intransigenti“).

In diesen Rahmen sind die Erfindung der privilegierten Partnerschaft mit Moskau<sup>11</sup> und auch die bedingungslose Verteidigung der russischen Interessen zu stellen. Berlusconi exponiert sich hier – ohne Rücksicht auf seine europäischen Partner. Der schmerzlichste Konflikt entzündete sich an der Tschetschenienfrage, als Berlusconi als amtierender Ratspräsident im November 2003 die internationale Presse angriff, weil diese in seinen Augen die Dinge absichtlich verzerrte, als sie Russland wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen anklagte. Berlusconi ignorierte dabei den offiziellen Protest der EU gegen das russische Vorgehen und handelte sich deshalb eine mit großer Mehrheit verabschiedete Missbilligung durch das Europaparlament in Straßburg ein – ein einmaliger Vorgang<sup>12</sup>.

### 3. Italien und Russland als wirtschaftliche Partner

Aber die Beziehungen zwischen Italien und Russland gehen weit über die Männerfreundschaft zwischen Berlusconi und Putin hinaus. Unabhängig von der politischen Ausrichtung der italienischen Regierungen wurden in den letzten zehn Jahren zahlreiche Verträge mit Russland geschlossen, die sich auf Handel und Industrie ebenso bezogen wie auf Verteidigung, Wissenschaften und Kultur. Auch Staatsbesuche sahen nicht nur Berlusconi in der Rolle des Protagonisten; gleiches gilt für Romano Prodi und Staatspräsident Giorgio Napolitano.

Hinzu kommt, dass Russland für Italien ein äußerst wichtiger Handels- und Wirtschaftspartner ist. Schon zu Zeiten des Kalten Krieges unterhielt Italien ausgezeichnete Handelsbeziehungen zur Sowjetunion, wobei vor allem das russische Öl eine zentrale Rolle spielte. Nach dem Zerfall der UdSSR haben sich die Wirtschaftsbeziehungen konsolidiert. In den letzten Jahren hat der Warenverkehr in beide Richtungen stetig zugenommen. Italien ist, nach der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und China, der viertgrößte Handelspartner

---

<sup>11</sup> Italien wurde von Putin als „privilegierter Partner“ bezeichnet. Vgl. *Corriere della Sera* vom 4. 11. 2003: „Il futuro della Russia è in Europa. L'Italia nostro partner privilegiato“.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Lapo Pistelli/Guelfo Fiore, *Semestre nero. Berlusconi e la politica estera*, Rom 2004, S. 62–76, und Francesc Morata, *La presidenza italiana dell'Unione europea: un semestre „anomalo“*, in: Vincent Della Sala/Sergio Fabbrini (Hrsg.), *Politica in Italia. I fatti dell'anno e le interpretazioni*. Edizione 2004, Bologna 2004, S. 145–166, hier S. 153f.

Russlands<sup>13</sup>; 2003 lag es noch auf dem 13. Platz, während es sich heute anschiebt, so der stellvertretende Minister für wirtschaftliche Entwicklung Adolfo Urso, den ersten Platz zu erobern<sup>14</sup>.

Zwischen 2000 und 2007 hat der Wert der Importe aus Russland von 8,3 auf 14,3 Mrd. Euro zugenommen, die Exporte nach Russland sind von 2,5 auf 9,5 Mrd. Euro gestiegen. Die bilaterale Handelsbilanz ist somit für Italien negativ, auch wenn die Differenz sich von 5,8 auf 4,8 Mrd. Euro verringert hat<sup>15</sup>. Die internationale Wirtschaftskrise und die Entwicklungen auf dem Energiemarkt haben diesen Trend 2008 unterbrochen und das italienische Defizit auf 5,5 Mrd. Euro anwachsen lassen<sup>16</sup>. Italien exportiert nach Russland vor allem Maschinen, Bekleidung, Möbel und Schuhe, während es von dort insbesondere Energieträger wie Gas und Öl bezieht, die etwa 70 Prozent der gesamten Importe ausmachen<sup>17</sup>. Die Beziehungen zu Russland haben also strategische Bedeutung, weil sie die nationale Energieversorgung garantieren. Das ist auch der tiefere Grund dafür, dass alle italienischen Regierungen – gleich ob links oder rechts – eine freundschaftliche Haltung gegenüber Russland eingenommen haben und sehr zögerlich waren, wenn es um die Frage von Sanktionen gegen Moskau ging.

#### 4. Energieabhängigkeit und parteiübergreifende Politik

Energiepolitische Abhängigkeit ist nicht das Gleiche wie Abhängigkeit bei nicht-strategischen Gütern. Ebensovienig kann Abhängigkeit von Gas mit Abhängigkeit von anderen Energie-

---

<sup>13</sup> Tatsächlich reiht sich Italien vor Holland ein, dessen Bedeutung aufgrund seiner Rolle als Warenumschnlagplatz von der Statistik überbewertet wird. Vgl. den Bericht des Instituts für Außenhandel und des Außenministeriums: Federazione Russa, Aggiornamento al 2° semestre 2008, S. 9f.; [www.ice.it/paesi/pdf/russia.pdf](http://www.ice.it/paesi/pdf/russia.pdf).

<sup>14</sup> Vgl. Federazione Russa, hrsg. von der Fondazione Centro per lo sviluppo dei rapporti Italia Russia, 2008, S. 13; [www.fondazione-italiarussia.it/attachments/244\\_01.%20Scheda%20Paese%20Russia.pdf](http://www.fondazione-italiarussia.it/attachments/244_01.%20Scheda%20Paese%20Russia.pdf).

<sup>15</sup> Vgl. Eurussia Forum, The Bilateral Relations of EU Member States with Russia, December 2008, auszugsweise abgedruckt in: Herald of Europe Nr. 5/6 (2009), S. 22–41, insbesondere S. 30ff.

<sup>16</sup> Vgl. Institut für Außenhandel, Büro Moskau: Analisi della congiuntura economica e dell'interscambio commerciale nel 2008, S. 8; [www.ice.it/informazioni/newsletter/web/2009\\_Aprile/nota\\_congiunturale.pdf](http://www.ice.it/informazioni/newsletter/web/2009_Aprile/nota_congiunturale.pdf).

<sup>17</sup> Vgl. Eurussia Forum, The Bilateral Relations of EU Member States with Russia.

trägern wie etwa Öl gleichgesetzt werden. Der Transport von Gas erfolgt vor allem über Fernleitungen, nur 25 Prozent werden von Schiffen transportiert, was sehr viel kostspieliger ist. Das bedeutet, dass der Markt stabiler und berechenbarer ist. Er ist an die Existenz von Gaspipelines gekoppelt, deren Bau großes finanzielles Engagement erfordert. Gas zu kaufen, ist deshalb nicht mit dem Kauf von Öl auf dem internationalen Markt zu vergleichen. Das Gasgeschäft setzt langfristige bilaterale Abkommen voraus; oder anders gesagt: Man steckt nur dann viel Geld in den Bau von Fernleitungen, wenn gleichzeitig Abkommen geschlossen werden, die zwei Partnerländer auf lange Sicht binden und natürlich auch eine politische Dimension haben, die auf das importierende Land nicht ohne Wirkung bleiben kann. Es ist faktisch gezwungen, ausgezeichnete Beziehungen mit den Lieferländern zu unterhalten; im Falle Italiens sind das Russland, Algerien, Libyen und Norwegen. Mit Libyen wurde beispielsweise am 30. August 2008 in Bengasi ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, der für Italien beträchtliche Lasten mit sich bringt. Vor diesem Hintergrund wird besser verständlich, warum Berlusconi am 1. September 2009 Muammar al-Gaddafi mit einer besonderen Geste zum 40. Jahrestag seiner Machtergreifung gratulierte und die Kunstflugstaffel der italienischen Luftwaffe, die berühmten *Frecce tricolori*, zu einer Vorführung nach Tripolis schickte<sup>18</sup>.

Was die italienisch-russischen Beziehungen angeht, so sind die *Ente Nazionale Idrocarburi* (ENI) und der Staatskonzern *Gazprom*, der größte Gaslieferant der Welt, in den letzten Jahren eine besondere Art von Kooperation eingegangen, die man mit Fug und Recht als strategisch bezeichnen kann und die die ENI zum wichtigsten Handelspartner von *Gazprom* macht. Im November 2006 haben beide Partner eine langfristige Allianz geschlossen, die zahlreiche gemeinsame Projekte auf dem Gassektor vorsieht – von der Gewinnung über den Transport durch Pipelines, die Vermarktung bis hin zur technologischen Zusammenarbeit.

In den letzten Jahren hat die ENI durch ihre Tochter *Saipem* das Teilstück der Fernleitung *Blue Stream* durch das Schwarze Meer gebaut, die Russland mit der Türkei verbindet. 2007 hat die ENI mit *Gazprom* einen Vertrag abgeschlossen, der den Bau

---

<sup>18</sup> Vgl. Roberto Aliboni/Natalino Ronzitti, *L'Italia e il Mediterraneo*, in: Gianni Bonvicini/Alessandro Colombo (Hrsg.), *L'Italia e la politica internazionale*. Edizione 2009, Bologna 2009, S. 103–116.

einer neuen, technisch äußerst anspruchsvollen Gaspipeline – *South Stream* – vorsieht, die unter dem Schwarzen Meer nach Bulgarien führen und dann in zwei Strängen im Nordwesten Rumänien, Ungarn, die Tschechische Republik und Österreich sowie im Südwesten Griechenland und Italien erreichen soll.

*South Stream* ist integraler Bestandteil der russischen Strategie, Europa unter Umgehung der widerspenstigen Ukraine mit Erdgas zu beliefern und damit die Abhängigkeit des alten Kontinents von den Rohstofflieferungen Moskaus weiter zu erhöhen. Dieses Vorhaben konkurriert offen mit dem Projekt „Nabucco“, das die Europäische Kommission initiiert hat und das von den Vereinigten Staaten unterstützt wird. „Nabucco“ steht für den Bau einer Ferngasleitung durch europäische Konsortien, die durch die Türkei führen und das russische Monopol unterlaufen soll, weil es die Versorgung Südosteuropas durch Erdgas aus dem Kaukasus, aus dem Persischen Golf und dem Mittleren Osten sicherstellen würde. Ziel ist es, die Energieversorgung Europas zu diversifizieren und sich wenigstens partiell von der Abhängigkeit von Russland zu lösen<sup>19</sup>.

Die italienische Politik hat in Europa und in den Vereinigten Staaten großen Unmut hervorgerufen<sup>20</sup>. Kritisiert werden generell die viel zu engen Beziehungen zu Putins Russland, die Italien von Europa und von den Vereinigten Staaten zu entfernen drohten, in Sonderheit aber stößt man sich an der Energiepolitik Italiens, die es – wie vor allem das Beispiel *South Stream* zeige – Europa unmöglich mache, sich künftig russischen Erpressungsversuchen zu entziehen, und Italien in immer größere Abhängigkeit von russischem Gas führe. Der Vertrag über den Bau von *South Stream* beweist erneut, dass die Beziehungen zwischen Russland und Italien nicht nur vom politisch-persönlichen Einvernehmen zwischen Berlusconi und Putin geprägt sind.

Der Vertrag wurde im November 2007 von Paolo Scaroni unterzeichnet, als in Rom noch eine Mitte-Links-Regierung

---

<sup>19</sup> Ein vollständiger Überblick über die bestehenden und geplanten Erdgaspipelines findet sich bei Giuseppina Di Napoli/Luisa Pezone/Adolfo Senatore, *La questione energetica e le relazioni Russia – UE*, Fondazione Mezzogiorno Europa, o.O. (Neapel) o.J. (2008), S. 66–85.

<sup>20</sup> Vgl. *Financial Times* vom 25. 6. 2009: „Indispensable ally tests patience of US and EU“; *La Stampa* vom 17. 8. 2009: „Italia e Eni troppo amiche della Russia“.

amtierte. Der Bevollmächtigte der ENI hatte dafür den Segen des eigens nach Moskau gereisten Ministerpräsidenten Romano Prodi und seines Ministers für wirtschaftliche Entwicklung, Pierluigi Bersani, erhalten. Bersani – heute Chef des *Partito Democratico* – bezeichnete das Vertragswerk sogar als „strategisches Projekt für die Energiesicherheit Italiens und Europas“<sup>21</sup>. Unter Prodi gingen die Energiekonzerne ENI und ENEL übrigens trotz großer Vorbehalte Washingtons auch auf das russische Angebot ein, Anteile des Erdöl- und Petrochemiekonzerns Yukos zu erwerben, der nach der Verhaftung des Putin-kritischen Magnaten Michail Chodorkowski in die Insolvenz getrieben worden war. Italienische (Staats-)Unternehmen beteiligten sich so mit 5,8 Mrd. Dollar an einer Operation, die nicht zuletzt den politischen Zielen des Kreml diene.

## 5. Schlussbemerkungen

Auf der Suche nach den Ursachen der Affinität zwischen Berlusconi und Putin muss man schließlich auch einen Aspekt betrachten, der auf die für Berlusconi typische Gemengelage von politischen Entscheidungen und unternehmerischen Privatinteressen verweist. Verdachtsmomente dieser Art wurden bereits mit Blick auf die „Gaddafi-Berlusconi Connection“ geäußert, die in den Augen kritischer Beobachter ihre Basis in engen wirtschaftlichen Beziehungen zum beiderseitigen persönlichen Vorteil haben soll<sup>22</sup>. Ähnliche Bemerkungen hört man über Berlusconi und Putin. Zbigniew Brzeziński, Sicherheitsberater von Jimmy Carter und – neuerdings – gern gesehener Ratgeber von Barak Obama, wird so zitiert, diplomatische Kreise in Washington hieben in dieselbe Kerbe<sup>23</sup>.

Darüber hinaus gab es Stimmen, die behaupteten, der rasch expandierende, aber politisch streng kontrollierte Medienmarkt in Russland werde das nächste Ziel Berlusconis sein, der sich dabei seine privilegierten Beziehungen zu Putin zu Nutze

---

<sup>21</sup> La Repubblica vom 19. 1. 2008: „Accordo tra Eni e Gazprom via al gasdotto del Sud Europa“.

<sup>22</sup> The Guardian vom 4. 9. 2009: „The Gaddafi-Berlusconi Connection“.

<sup>23</sup> Vgl. das Interview von Maurizio Molinari mit Brzezinski („L’Occidente deve armare la Georgia“) in La Stampa vom 13. 9. 2008. Von gut getarnten Privatinvestitionen im Immobilien- und Versicherungssektor als Motiv für viele Moskau-Reisen während der Regierungszeit Berlusconis sprach Andrea Greco; vgl. La Repubblica (Affari e finanza) vom 5. 5. 2008: „Benvenuti a Berlusconi“.

machen könne<sup>24</sup>. Schließlich wurde die Zusammenarbeit zwischen Berlusconi und Bruno Mentasti bekannt. Der Unternehmer sollte nach einem geplanten Vertrag zwischen der ENI und *Gazprom*, der dazu gedacht war, dem Gasgiganten den italienischen Markt zu öffnen, im Auftrag des Moskauer Konzerns für das Gasgeschäft in Italien zuständig sein<sup>25</sup>. Diese Pläne zerschlugen sich zwar nach der Wiederwahl Prodis 2006 und dem Veto des für Energiefragen zuständigen Kartellamts. 2007 eroberte *Gazprom* den Markt dann auf anderen Wegen.

Ob es sich in diesen Fällen um begründete Anschuldigungen oder um haltlose Behauptungen handelt, ist – alles zusammen genommen – gleichgültig, denn aufgrund seiner weit gespannten wirtschaftlichen Interessen in vielen Ländern lassen sich Entscheidungen des Regierungschefs in Italien wie im Ausland fast immer auf persönliche Motive zurückführen. Das schadet Berlusconis Glaubwürdigkeit und der seines Landes, ganz gleich, wie die wirklichen Absichten des Ministerpräsidenten aussehen mögen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die in den letzten zehn, fünfzehn Jahren entstandenen bilateralen Beziehungen zwischen Italien und Russland in dem Maße enger geworden sind, in dem sich die Energieabhängigkeit Italiens von seinem östlichen Partner verstärkt hat. Dabei muss offen bleiben, ob die italienischen Regierungen diese Art der Energie- und Außenpolitik bewusst verfolgt haben, die Italien an die Seite Moskaus zwingt und das Land gleichzeitig in Europa marginalisiert, oder ob diese Weichenstellungen auf die Initiative des größten italienischen Konzerns zurückgehen – der ENI, die auf dem globalen Markt agiert, in transnationale Netzwerke eingebunden und neuerdings aufs Engste mit *Gazprom* verwoben ist, so dass sie eigene Ziele verfolgt, die nicht notwendig mit denen der Regierung in Rom identisch sind.

Wenn nicht alles täuscht, knüpft die ENI an eine von Enrico Mattei begründete Tradition an. Der 1962 unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommene Chef der AGIP und der ENI stand für eine eigenständige Energie- und damit auch für eine eigenständige Außenpolitik. Damit aber gehört der Kon-

---

<sup>24</sup> Vgl. Giuseppe Giulietti, *Lo squalo in acque italiane*, in: *La rivista del manifesto* Nr. 43 vom Oktober 2003.

<sup>25</sup> Vgl. *Il Sole 24 Ore* vom 4. 11. 2005: „Segreti e dubbi dell'affare Gazprom-Eni“; *Corriere della Sera* vom 19. 10. 2005: „Gazprom allo scoperto: in Italia cresceremo ancora“.

zern zu den zahlreichen Akteuren – der Ministerpräsident, das Staatsoberhaupt, das Außenministerium und bestimmte Fachressorts, der Unternehmerverband *Confindustria* und so weiter –, die um die Formulierung der italienischen Außenpolitik ringen und dabei nur selten einen gemeinsamen Nenner finden. Es fehlt ein koordinierendes Zentrum, das für eine einheitliche Linie sorgen könnte<sup>26</sup>. Dieses Grundproblem besteht auch in der Ära Berlusconi fort.

Aus dem Italienischen übersetzt von Thomas Schlemmer und Hans Woller.

---

<sup>26</sup> Vgl. Elisabetta Brighi, La politica estera dell'Italia, in: Alessandro Colombo/Natalino Ronzitti (Hrsg.), L'Italia e la politica internazionale. Edizione 2006, Bologna 2006, S. 99–110, hier S. 108ff.